

Ein protestantischer Think Tank in den langen sechziger Jahren  
der Bundesrepublik: Georg Picht und die Forschungsstätte  
der Evangelischen Studiengemeinschaft

*Claudia Lepp*

Im klassischen Wortsinn handelt es sich bei Think Tanks, zu Deutsch Denkfabriken, um abgeschiedene Orte, an denen konzentriert und in Ruhe interdisziplinär nachgedacht wird<sup>1</sup>. Ein solcher Ort war die 1957/58 gegründete Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST)<sup>2</sup>, idyllisch gelegen nahe des Heidelberger Schlosses, zweifelsohne. Doch war sie auch eine politische Denkfabrik, d. h. ein Forschungsinstitut, das Kirche und Politik beriet sowie wissenschaftliche und öffentliche Debatten forcierte<sup>3</sup>? Ihr erster und langjähriger Leiter, der Philosoph Georg Picht, umschrieb die Aufgaben der FEST einmal wie folgt:

„Das Institut muss gleichzeitig Grundlagenforschung betreiben, spezialwissenschaftlich gute Arbeiten vorlegen können, im Feld des Aufbaus von beratungsorientiertem Sachverstand voranschreiten und die Vermittlung seiner Arbeitsergebnisse in kirchliche wie politische Praxis leisten.“<sup>4</sup>

---

1 Vgl. *Gellner, Winand / Hammer, Eva-Maria: Policyforschung. München 2010, 33 u. 35.*

2 Anfang 1957 wurde die Studiengemeinschaft der Evangelischen Akademien, ein Kreis von circa 100 Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen, und das von sechs Landeskirchen gegründete Christopherus-Stift zur Evangelischen Studiengemeinschaft vereinigt. Im April 1958 erfolgte die Verlegung der Forschungsstätte nach Heidelberg. Vgl. *Picht, Georg: Die Evangelische Studiengemeinschaft (BA N 1225/51).*

3 Zu den bundesdeutschen Think Tanks vgl. *Thunert, Martin: Think Tanks in Deutschland – Berater der Politik? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 51 (2003), 30–38; ders.: Think Tanks als Ressourcen der Politikberatung. Bundesdeutsche Rahmenbedingungen und Perspektiven. In: Forschungsjournal NSB 12 (1999), H. 3, 10–18.*

4 Protokoll der Mitgliederversammlung am 22./23. Mai 1981, Bericht des Leiters (EZA, 2/7360).

Neben der wissenschaftlichen Analyse stand demnach die praxisorientierte Vermittlung von Ideen und Wissen in den kirchlichen und politischen Raum hinein. Ob und wie dieser Aufgabenbeschreibung Rechnung getragen wurde, wird im Folgenden zu klären sein. Dabei stehen die langen sechziger Jahre im Mittelpunkt, die als eine Hochzeit der FEST in ihrer Funktion als politische Denkfabrik identifiziert werden kann. Diese Zeit gilt auch als eine „Aufbruchsphase im Verhältnis von Wissenschaft und Politik“<sup>5</sup>, in der die wissenschaftliche Politikberatung eine erste Konjunktur erlebte und Beratungskapazitäten ausgebaut wurden.

#### 1. Organisationsstruktur, Arbeitsformen und Themen eines protestantischen Think Tanks

Getragen wurde die FEST von den westdeutschen Landeskirchen, dem Deutschen Evangelischen Kirchentag, dem Leiterkreis der Evangelischen Akademien<sup>6</sup> und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)<sup>7</sup>. Die Trägerschaft der Studiengemeinschaft wurde durch den Vorstand repräsentiert; dessen Vorsitzender war bis 1970 der Theologische Vizepräsident des westfälischen Landeskirchenamtes Karl Lücking. Das Wissenschaftliche Kuratorium hingegen trug die Verantwortung für die Planung der Kommissionsarbeit und die Publikationen. Über Jahre hinweg diskutierte es auch selbst Fragen zu den Voraussetzungen der Wissenschaft und den Methoden interdisziplinärer Arbeit. Das Kuratorium bestand vorwiegend aus evangelischen Wissenschaftlern; den Vorsitz hatte von 1958 bis 1975 der angesehene Jurist und Wissenschaftsorganisator Ludwig Raiser inne. Langjähriges Mitglied war neben anderen der Physiker und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker. Er war ein Jugendfreund von Picht, der von 1958 bis zu seinem Tod im Jahr 1982 die Forschungsstätte der Studiengemeinschaft leitete.

---

5 *Rudloff*, Wilfried: Verwissenschaftlichung der Politik? Wissenschaftliche Politikberatung in den sechziger Jahren. In: Collin, Peter / Horstmann, Thomas (Hg.): Das Wissen des Staates. Geschichte, Theorie und Praxis. Baden-Baden 2004, 216–257, 221.

6 Vgl. Jahresbericht der FEST 1962, 29 (EZA, 742/154).

7 *Picht*, Georg: Festansprache anlässlich der Einweihung des Erweiterungsbaus am 26.2.1977. In: FEST. Informationsblatt Nr. 23a, März 1977 (EZA, 2/7368).

Die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter der FEST lag anfänglich bei drei, Anfang der sechziger Jahre bei fünf; 1975 waren es 15 ständige wissenschaftliche Mitarbeiter<sup>8</sup>. Unter ihnen befanden sich Theologen, Philosophen, Naturwissenschaftler, Historiker, Juristen, Sozialwissenschaftler, Ethnologen, Politologen und Ökonomen. Nach Auffassung von Picht musste sich die Forschungsstätte durch die Qualität ihrer Forschungsarbeit ausweisen: „wir aber sind so etwas wie wissenschaftlich freie Unternehmer und müssen durch unsere eigene Leistung allererst unseren Bestand ermöglichen.“<sup>9</sup> Neben der eigenen disziplinären Forschung diskutierte das Kollegium einmal wöchentlich historische, systematische und methodische Themen. Später wurden innerhalb des Kollegiums Arbeitsgruppen gebildet, die einzelne Forschungsvorhaben gemeinsam durchführten und verantworteten. Interdisziplinarität war somit nicht nur Anspruch, sondern auch Realität in der Forschungsstätte. Zu den Aufgaben der Mitarbeiter gehörte es auch, wissenschaftliche Resultate innerhalb des kirchlichen und öffentlichen Protestantismus praxisorientiert zu vermitteln. Dies erfolgte durch die Mitarbeit in Kammern, Kommissionen, Beiräten und Fachausschüssen der EKD, durch Vorträge in Evangelischen Akademien und auf dem Kirchentag, durch Fortbildungsveranstaltungen in den Landeskirchen und bei den Militärfarrern sowie durch die Mitarbeit in kirchlichen Zeitschriften wie den Evangelischen Kommentaren und den Lutherischen Monatsheften. Im Zuge der Friedens- und der Umweltforschung der siebziger Jahre intensivierte sich auch die Mitarbeit in ökumenischen Gremien sowie in internationalen Nichtregierungsorganisationen<sup>10</sup>.

Neben dem für einen Think Tank eher kleinen Mitarbeiterstab gab es ein Netzwerk externer Experten. Insbesondere während der sechziger Jahre lag der Schwerpunkt der Arbeit bei wissenschaftlichen Kommissionen, die vom Kuratorium zur Untersuchung bestimmter übergreifender Probleme berufen wurden. Sie umfassten 15 bis 20 Wissenschaftler verschiedener Disziplinen. Mit ihren Kommissionen

---

8 Vgl. Wissenschaftliche Mitarbeiter der FEST (Stand November 1975). Anlage zum Protokoll der Planungssitzung vom 5.2.1976 (EZA, 2/7363).

9 Schreiben von Picht an Kunst, 20.8.1960 (EZA, 742/153).

10 Vgl. den Punkt „Beratung kirchlicher und politischer Gremien, Wissenschaft und Öffentlichkeit“ im Jahresbericht 1975. In: FEST. Informationsblatt Nr. 22, März 1976 (EZA, 2/7369).

bot die FEST die Infrastruktur zur Zusammenarbeit protestantischer wissenschaftlicher Eliten. Hier wurden Grundsatzdiskussionen geführt und die Ergebnisse verschiedener Disziplinen zueinander in Beziehung gesetzt. Einige der Kommissionen waren zeitlich befristet, andere arbeiteten ohne Befristung.

Zu den kontinuierlich arbeitenden Kommissionen zählte die seit 1951 bestehende, interdisziplinär zusammengesetzte Marxismus-Kommission, die auch mit Wissenschaftlern aus ostmitteleuropäischen Staaten zusammenarbeitete<sup>11</sup>. Sie beschäftigte sich mit historisch-philosophischen sowie sozialemischen Grundfragen und nahm seit Anfang der siebziger Jahre auch die vielfältigen Neomarxismen in Westeuropa in den Blick<sup>12</sup>. Etwa zur gleichen Zeit stellte das Bundeswissenschaftsministerium die Finanzierung der Kommission ein<sup>13</sup>.

Die zeitlich befristet eingesetzte Strafrechtskommission der FEST prüfte über einige Jahre hinweg die Arbeiten der großen Reformkommission des Bundesjustizministeriums unter dem Gesichtspunkt, an welchen grundsätzlichen Punkten eine kirchliche Stellungnahme erforderlich schien<sup>14</sup>. In ihr arbeiteten als Gäste auch der Generalreferent im Bundesjustizministerium für die „Große Strafrechtsreform“ Eduard Dreher sowie Ministerialdirigent Richard Scheufler vom Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen mit<sup>15</sup>.

Einen Schwerpunkt bildeten in den fünfziger und sechziger Jahren die vom Militärbischof der EKD, Hermann Kunst, initiierten und finanzierten Kommissionen zur wissenschaftlichen Beratung der sich im Aufbau befindlichen Militärseelsorge, die innerkirchlich heftig

---

11 Die FEST setzte mit dieser Kommission eine von der ehemaligen Studiengemeinschaft der Evangelischen Akademien begonnene Tradition fort. Vgl. *Howe*, Günter: Einige Ausschnitte aus den Erfahrungen der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg in der interdisziplinären Zusammenarbeit. In: FEST. Informationsblatt Nr. 6, Januar 1968, 1 (EZA, 742/134). Vgl. auch *Bruns*, Katja: Nachdenken über Marxismus in der Bundesrepublik. Die Marxismus-Kommission der Studiengemeinschaft der Evangelischen Akademien von 1951 bis 1973. In: MKiZ 11 (2017), 125–133.

12 Vgl. Schreiben von Geyer an Wilkens, 19.2.1973 (EZA, 2/7352).

13 Bis einschließlich 1973 wurde die Marxismus-Kommission aus Mitteln des Bundeswissenschaftsministeriums finanziert. Vgl. Schreiben von Wolfgang Huber an Erwin Wilkens, 31.1.1974 (EZA, 2/7352).

14 Vgl. Jahresbericht 1962 (wie Anm. 6), 20.

15 Vgl. ebd., 38.

umstritten war. Kunst hatte 1956 die Fortführung seines Amtes von einer wissenschaftlichen Analyse der Militärseelsorge in der Bundeswehr abhängig gemacht<sup>16</sup>. Die Ergebnisse der ersten Kommission „Grundsatzfragen der Militärseelsorge“ waren ausschließlich für den internen Gebrauch der Militärseelsorge bestimmt<sup>17</sup>. Die zweite Kommission „Krieg und Frieden im Atomzeitalter“ wurde 1957 ebenfalls auf Bitten von Kunst berufen und sollte auf wissenschaftlicher Grundlage zur Entschärfung des innerkirchlichen Konfliktes um die Atomwaffen beitragen<sup>18</sup>. Sie bestand aus Theologen, Philosophen, Physikern, Historikern, Juristen und Offizieren. Unter ihnen war auch Carl Friedrich von Weizsäcker, der federführend an der Göttinger Erklärung vom 12. April 1957 beteiligt gewesen war, in der sich 18 prominente Atomwissenschaftler gegen die Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen gewandt hatten. Den Kommissionsvorsitz übernahm der Mathematiker Günter Howe, der in der FEST für die Beziehungen zwischen Theologie und Naturwissenschaften zuständig war. Als Ergebnis der Kommissionsarbeit erschien 1959 die stark rezipierte Publikation „Atomzeitalter – Krieg und Frieden“ einschließlich der sogenannten Heidelberger Thesen mit ihrer Komplementaritätsthese, die vor allem auf Howe und von Weizsäcker zurückging. Die für Interpretationen offenen Thesen erfüllten in den Folgejahren die Funktion eines friedensethischen Minimalkonsenses innerhalb des westdeutschen Protestantismus<sup>19</sup>.

Die dritte Kommission hatte von Hermann Kunst den Auftrag erhalten, eine umfassende Untersuchung der Situation der Soldaten in der Bundeswehr zu unternehmen, die als Grundlage für die Arbeit der Militärseelsorge dienen sollte<sup>20</sup>. Der Kommission, die von Georg Picht geleitet wurde, gehörten keine Theologen an. In ihrer soziologischen Unterkommission kamen Vertreter der nach 1945 zutiefst

---

16 Vgl. *Timm*, Hermann: Nachwort. Zu Günter Howes theologischem Lebensweg. In: Howe, Günter: Die Christenheit im Atomzeitalter. Vorträge und Studien. Stuttgart 1970, 323–372, 360.

17 Vgl. Jahresbericht 1962 (wie Anm. 6), 22.

18 Zur Geschichte dieser Kommission vgl. *Möller*, Ulrich: Im Prozeß des Bekennens. Brennpunkte der kirchlichen Atomwaffendiskussion im deutschen Protestantismus 1957–1962. Neukirchen-Vluyn 1999, 186–196.

19 Vgl. *ebd.*, 344.

20 Vgl. Jahresbericht 1962 (wie Anm. 6), 22.

zerstrittenen deutschen Soziologie zusammen, um über die Einführung einer Wehrsoziologie nachzudenken. An der Gründung der Kommission und der Entwicklung ihres Arbeitsplanes waren Helmut Schelsky von der Sozialforschungsstelle in Dortmund<sup>21</sup> und Ludwig von Friedeburg vom Institut für Sozialforschung in Frankfurt beteiligt. Als Mittler zwischen den Soziologen hatte der Jurist Hellmut Becker agiert, ein enger Freund Pichts und von Weizsäckers und Präsident des Deutschen Volkshochschulverbandes<sup>22</sup>. Entgegen erster Zusagen an Kunst erhielt das wehrsoziologische Forschungsvorhaben vonseiten des Bundesverteidigungsministers Franz Josef Strauß keinerlei sachliche Unterstützung<sup>23</sup>. In der Einleitung zur Abschlusspublikation der Kommission schrieb Picht daher kritisch:

„Die Kommission konnte sich dem Eindruck nicht entziehen, daß das Verhalten des Ministers und seines Ministeriums für die Klärung der Frage nach dem Verhältnis der Bundeswehr zur Demokratie, der Bundeswehr zur Wissenschaft und der Bundeswehr zur Militärseelsorge einen nicht unbedenklichen Beitrag geleistet hat.“<sup>24</sup>

Die „Studien zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr“ waren die ersten soziologischen Untersuchungen, die es überhaupt über die deutsche Armee gab.

Die 1967 eingerichtete Kommission „Der Beitrag von Theologie und Kirche zum Frieden als Lebensbedingung des wissenschaftlich-technischen Zeitalters“ wurde ebenfalls von Hermann Kunst angeregt und zunächst auch finanziert<sup>25</sup>. Später kamen die Gelder von der EKD und den Landeskirchen. Aufgabe der Kommission war es,

---

21 Schelsky war wohl nur an der Formierung der Kommission beteiligt, zu den späteren Kommissionssitzungen schickte er seine Assistenten (Auskunft von Gerhard Grohs, 15.10.2013).

22 Vgl. Schreiben von Picht an Howe, 18.5.1960 (EZA, 742/148).

23 Vgl. Schreiben des Generalinspektors der Bundeswehr an Kunst, 12.2.1962 (EZA, 742/149) und Schreiben Kunsts an Howe, 21.2.1962 (ebd.).

24 Picht, Georg (Hg.): Studien zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr. Erste Folge. Witten / Berlin 1965, 28.

25 Gerta Scharffenorth: Aktennotiz zu dem Gespräch mit Militärbischof Kunst im evangelischen Kirchenamt in Bonn am 15.11.1966 (EZA, 742/150).

einen theologischen Beitrag zur Friedensforschung zu leisten. Nach Pichts Auffassung waren die Kirchen „die legitimen Träger einer auf Ausblendungen verzichtenden und gegen den Einfluß politischer Sonderinteressen gesicherten Friedensforschung“.<sup>26</sup> Zu der Kommission gehörten sechs Studiengruppen<sup>27</sup> mit etwa 80 freien Mitarbeitern aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen, verschiedenen Kirchen und Gruppierungen. Hinzu kamen Kontakte zu anderen wissenschaftlichen Institutionen sowie ökumenischen Einrichtungen<sup>28</sup>. Die Kommission und die Studiengruppen vergaben wiederum Forschungsaufträge für die Durchführung von Spezialuntersuchungen<sup>29</sup>. Allein zwischen Herbst 1969 und Mai 1972 erschienen acht Bände der „Studien zur Friedensforschung“. Als eine Art Dependence der Studiengemeinschaft wurde 1970 die Ökumenische Friedensforschungsstelle im Visser 't Hooft-Haus in Rotterdam eingerichtet<sup>30</sup>. Mit ihren Studien trug die FEST zur Professionalisierung der Friedensforschung in der Bundesrepublik bei. Ihre frühe Themenidentifikation verschaffte ihr in diesem Bereich Aufmerksamkeit und Ansehen.

Neben der ergebnisorientierten Kommissionsarbeit unterhielt die FEST in der Ära Picht auch mehrere Gesprächskreise. Einmal im Jahr erörterten in den sogenannten Hinterzartener Gesprächen das Kollegium, Kuratoriumsmitglieder sowie einige externe Wissenschaftler eine Woche lang philosophische Fragestellungen, darunter solche, die als Grundsatzfragen in anderen Kommissionen aufgetaucht

---

26 Schreiben Pichts an Walter Dirks, 5.4.1966 (EZA, 742/156).

27 Im Einzelnen waren dies: Biblisch-exegetische Studiengruppe, historische Studiengruppe, Studiengruppe „Technologie und Revolution“, Studiengruppe „Kirchenstruktur und Weltfrieden“, Kommission „Frieden und Völkerrecht“, Studiengruppe „Probleme der B-C-Waffen“. Vgl. *Schwerdtfeger*, Johannes: Entwicklung und Stand des Projektes „Der Beitrag von Theologie und Kirche zum Frieden“. In: FEST. Informationsblatt Nr. 15, Mai 1972 (EZA, 2/7368).

28 Vgl. Georg Picht: Der Beitrag der Evangelischen Studiengemeinschaft zur Friedensforschung, 1968 (EZA, 742/137).

29 Vgl. ebd.

30 Vgl. Walter Hammer an die Mitglieder des Rates der EKD, 9.3.1970 (EZA, 742/157); Protokoll der Sitzung des Rates der EKD am 18./19.3.1970 (ebd.).

waren<sup>31</sup>. Auf Initiative von Günter Howe fand in Göttingen seit 1949 jährlich ein Physiker-Theologen-Gespräch statt<sup>32</sup>. Dabei trafen sich circa 25 Theologen, Philosophen, Physiker, Mathematiker und Chemiker. In den Gesprächen zeigten sich jedoch insbesondere die Theologen nicht geneigt, die fachwissenschaftlichen Grenzen zu überschreiten. Bedeutsam war indes, dass überhaupt Gespräche zwischen den Theologen und Naturwissenschaftlern stattfanden. Enge Verbindungen bestanden zu der 1951 gegründeten holländischen Studienkommission „Glaube und Naturwissenschaft“. Im Mai 1958 nahm die Göttinger Gruppe an der ersten ökumenischen Physiker-Theologen-Tagung in Bossey teil. Hier sollte neben das ökumenische Gespräch über die „verantwortliche Gesellschaft“ der sozioethische Dialog über eine „verantwortliche Wissenschaft“ treten. 1961 wurde das „Karlsruher Physiker-Theologen Gespräch der jüngeren Generation“ gegründet<sup>33</sup>. Es stützte sich vor allem auf das Kernforschungszentrum in Karlsruhe, ein wichtiges Institut der neuen Wissenschaftsform der „big science“ in Deutschland. Verbindungsglied zur FEST war der Physiker Wolf Häfele, theologisch gebildeter Pfarrerssohn<sup>34</sup>, Schüler von Carl Friedrich von Weizsäcker, Leiter des Instituts für Angewandte Reaktorphysik im Kernforschungszentrum Karlsruhe sowie ein Freund von Günter Howe. Dieser Gesprächskreis arbeitete flexibler und effektiver durch mehrere kleinere, häufiger zusammentretende Untergruppen. So wurden z. B. in der Gruppe „Projektwissenschaft“ die ethischen Fragen diskutiert, die sich auch bei einer friedlich genutzten Kernenergie stellten.

Alle Kommissionen und Gesprächskreise der FEST boten die Möglichkeit, Diskussionen über komplexe Fragen im herrschaftsarmen, neutralen Raum eines wissenschaftlichen Instituts zu führen; ihre Mitglieder erhielten wissenschaftliche und politische Anregungen und es entstanden interdisziplinäre sowie persönliche Kontakte, die

---

31 Vgl. Jahresbericht 1962 (wie Anm. 6), 12f.

32 Vgl. *Howe*, Günter: Das Göttinger Gespräch zwischen Physikern und Theologen. In: Ders.: Die Christenheit im Atomzeitalter. Vorträge und Studien. Stuttgart 1970, 110–123. Die Organisation lag zunächst beim Christophorus-Stift in Hemer, ab 1958 bei der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg.

33 Vgl. hierzu *Howe*, Ausschnitte (wie Anm. 11).

34 Vgl. Schreiben Howes an Kunst, 1.3.1967 (EZA, 742/151).

sonst vielleicht nicht zustande gekommen wären<sup>35</sup>. Neben diesen indirekten Wirkungen standen die direkten Resultate der Arbeit in der FEST: das von den wissenschaftlichen Mitarbeitern und den Wissenschaftlern in den Kommissionen produzierte Orientierungswissen, das in Büchern und Aufsätzen publiziert wurde<sup>36</sup>. In den langen sechziger Jahren gab das Institut drei Schriftreihen heraus: die Forschungen und Berichte der Evangelischen Studiengemeinschaft, die Marxismus-Studien und die Studien zur Friedensforschung. Ende der siebziger Jahre kamen die Texte und Materialien der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft hinzu, die eine schnellere Publikation ermöglichten. Das Institut unterrichtete überdies in seinem regelmäßig erscheinenden Informationsblatt über Arbeitsergebnisse und Vorhaben.

Wie aber versuchten die Mitglieder der FEST, ihre Vorstellungen und Vorschläge darüber hinaus zu kommunizieren? Welche Möglichkeiten der Einflussnahme auf Entscheidungsfindungen in Kirche, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft hatten sie? Diesen formellen und informellen Kommunikations- und Wirkungskanälen wird im nächsten Abschnitt nachgegangen.

## 2. Formelle und informelle Kommunikations- und Wirkungskanäle

Eine Möglichkeit der Beratung und Einflussnahme für die FEST und ihre Mitglieder waren Stellungnahmen und Gutachten im Auftrag der Kirche. So nahm die oben erwähnte Strafrechtskommission auf Veranlassung der Kirchenkanzlei der EKD Stellung zu den Komplexen der Religionsdelikte, der Homosexualität sowie zu einem Gutachten der katholischen Strafrechtskommission<sup>37</sup>. Unter Mitwirkung der leitenden Gesetzgebungsreferenten des Bundesjustizministeriums und des Justizministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen erarbeitete die Kommission hierzu ein umfangliches Gutachten. Dieses reichte die Kirchenkanzlei dem Bundesjustizministerium ein. Zugleich wurde

---

35 Vgl. Seetzen, Jürgen: Einige Überlegungen zur Frage der „Produkte“ der FEST, ihrer Nutzung und ihrer Innovation (EZA, 2/7363).

36 Laut Gellner / Hammer schaffen Ideenagenturen Orientierungswissen und bringen dieses in den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess ein. Vgl. *Gellner / Hammer*, Policyforschung (wie Anm.1 ), 37.

37 Vgl. hierzu Jahresbericht 1962 (wie Anm. 6), 20.

es auf einer Klausurtagung der CDU-Bundestagsfraktion mit Vertretern beider Konfessionen verhandelt.

Zwei weitere Beispiele für gutachterliche Tätigkeit stammen aus den siebziger Jahren. 1975 bat der Bundesminister für Forschung und Technologie die EKD, zum Fünften Forschungsbericht der Bundesregierung Stellung zu nehmen<sup>38</sup>. Die FEST arbeitete daraufhin gemeinsam mit dem Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD eine Stellungnahme aus, in der die Verkümmerng der Geisteswissenschaften in der Bundesrepublik beklagt wurde<sup>39</sup>. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre erstellte die FEST ein Gutachten über „Alternative Möglichkeiten für die Energiepolitik“<sup>40</sup>. Angesichts der zunehmenden Diskussion über Kernenergie und den Vorgängen um das geplante Kernkraftwerk Wyhl hatte die Badische Landeskirche Ende 1975 die FEST darum gebeten, sie in diesem Bereich wissenschaftlich zu beraten. Mit landeskirchlichen Mitteln konnte für die Dauer des Projektes ein zusätzlicher Mitarbeiter angestellt werden<sup>41</sup>. Die Untersuchung wurde in intensivem Austausch mit verschiedenen Instituten und Experten durchgeführt<sup>42</sup>. Träger der Forschungsarbeit war ein interdisziplinär zusammengesetzter Kreis von 25 wissenschaftlichen Mitarbeitern<sup>43</sup>. Zu thematisch zentralen Fragestellungen der Energiepolitik wurden Konsultationen mit in- und ausländischen Experten aus der Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung abgehalten. Das Gutachten, das auf diesem Wege entstand, wurde im Mai 1977 in den „Texten und Materialien“ der FEST publiziert und damit auch in die öffentliche Diskussion eingespeist. Das Ergebnis des Projektes führte schließlich zu einem Zerwürfnis zwischen den

---

38 Vgl. Eisenbart an die Mitglieder des Vorstandes der FEST, 16.1.1976 (EZA, 2/7369).

39 Vgl. Stellungnahme vom 12.1.1976 (EZA, 2/7369).

40 Vgl. hierzu Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Kuratoriums der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg am 7./8.5.1976 (EZA, 2/7363).

41 Vgl. ebd.

42 Die veröffentlichten Ergebnisse des „Energieprojekts“ finden sich in: *Lienemann*, Wolfgang u. a. (Hg.): *Alternative Möglichkeiten für die Energiepolitik. Argumente und Kritik*. Opladen 1978; dies. (Hg.): *Alternative Möglichkeiten für die Energiepolitik: Materialien zum Gutachten*, Bd. 1 und 2, Heidelberg 1977.

43 Vgl. Vorwort zu *Lienemann*, *Möglichkeiten* (wie Anm. 42), 7.

Heidelbergern und Wolf Häfele<sup>44</sup>. In einer Stellungnahme zu dem Gutachten bezeichnete er dieses als „einseitige, im Zeitgeist gehaltene, und in weiten Passagen unwissenschaftliche Streitschrift“, die von einer „a priori-hafte[n] Kernenergiefeindlichkeit“ durchzogen sei<sup>45</sup>.

Eine andere Möglichkeit der beratenden Einflussnahme war die Initiierung oder Vorbereitung öffentlicher kirchlicher Stellungnahmen zu politischen Fragen. So hatten z. B. Raiser und Picht das am 13. März 1963 erschienene „Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zu den NS-Verbrecher-Prozessen“<sup>46</sup> mit vorbereitet. Kunst dankte Picht für sein Engagement in dieser Angelegenheit mit dem Satz: „Hier werden Dinge hart und klar gesagt, die nicht in der ‚Sprache Kanaans‘ verhüllt werden dürfen.“<sup>47</sup>

Nicht von Erfolg beschieden waren die intensiven Bemühungen von Raiser und Howe in den Jahren 1967 und 1968 um ein Wort des Rates der EKD zum Atomwaffensperrvertrag. Howe arbeitete zu dieser Zeit in der Studiengruppe für Rüstungskontrolle, Rüstungsbeschränkung und internationale Sicherheit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik<sup>48</sup> mit, in der Abgeordnete aller Fraktionen, Ministerialbeamte, Bundeswehroffiziere, Wissenschaftler und Publizisten seit 1961 vertraulich über Abrüstungspolitik diskutierten. Zudem stand er über die Non-Proliferation-Thematik in fast täglichem Telefonkontakt mit Häfele<sup>49</sup>, dem eigentlichen Schöpfer des Projektes „schneller Brüter“, der von 1967 bis 1972 die Bundesregierung in Angelegenheiten des Atomwaffensperrvertrages und damit zusammenhängender Fragen der internationalen Kontrolle

---

44 Vgl. Mündliche Auskunft von Gerhard Liedke, 5.7.2013. Liedke war von 1968 bis 1978 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der FEST.

45 Häfele, Wolf: Stellungnahme zu der von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft vorgelegten Schrift „Alternative Möglichkeiten für die Energiepolitik“. In: Lienemann, Möglichkeiten (wie Anm. 42), 239–242, 238, 240.

46 Abdruck in: Kirchliches Jahrbuch 90 (1963), 76–79.

47 Schreiben Kunsts an Picht, 19.3.1963 (EZA, 742/154).

48 Vgl. hierzu *Eisermann*, Daniel: Außenpolitik und Strategiediskussion. Die Gesellschaft für Auswärtige Politik 1955 bis 1972. München 1999, 135–140.

49 Vgl. Howe an Kunst, 10.3.1967 (EZA, 742/151).

nuklearen Materials beriet<sup>50</sup>. In der Großen Koalition war man sich nicht einig, ob die Bundesregierung dem östlichen und westlichen Druck nachgeben oder eine hinhaltende Strategie verfolgen sollte, die sich an den eigenen nuklearpolitischen Interessen orientierte<sup>51</sup>.

Im Januar 1968 gab Günter Howe den FEST-Sammelband „Nichtverbreitung von Kernwaffen – Ein Problem der Friedenssicherung“ mit Beiträgen zur technischen, militärstrategischen und weltwirtschaftlichen Dimension der Thematik sowie Dokumenten heraus. Der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Erhard Eppler, der als Mitglied der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD am ersten Entwurf des Ratswortes mitgearbeitet hatte<sup>52</sup>, besprach das Buch in der Wochenzeitung „Die Zeit“, dem medialen Sprachrohr des protestantisch-kulturliberalen Lagers. Ganz im Sinne von Howe bezeichnete er den Vertrag als „kleine[n], aber wohl unerläßliche[n] Schritt zum Frieden“<sup>53</sup>. Somit hatte man einen Weg gefunden, die eigenen Positionen in der Öffentlichkeit zu präsentieren, wenn auch nicht mit der Autorität eines kirchlichen Wortes. Das geplante Ratswort geriet 1968 in die öffentlich ausgetragene kirchliche Auseinandersetzung um die sogenannte Politisierung der Evangelischen Kirche in Deutschland<sup>54</sup>. Zugleich wurde der ursprüngliche Entwurf des Wortes von der politischen Entwicklung auf nationaler und internationaler Ebene überholt<sup>55</sup>. Im Sommer 1968 erschien dann eine Studie von Howe<sup>56</sup>. Darin fasste er den Stand der

---

50 Vgl. dazu <http://www.theologie-naturwissenschaften.de/wir-ueber-uns/kooperationspartner/gesprachskreis-kiho-wuppertalbethel/nachruf-wolf-hae-fele.html> (zuletzt abgerufen am 8.3.2019).

51 Vgl. Eisermann, Außenpolitik (wie Anm. 48), 299.

52 Vgl. Kunst an Wilkens, 10.6.1967 (EZA, 2/1359).

53 *Eppler*, Erhard: Unerläßlicher Schritt zum Frieden. Eine Grundlage für die deutsche Diskussion zur Nonproliferation. In: *Die Zeit*. Nr. 4 vom 26.1.1968 (<https://www.zeit.de/1968/04/unerlaesslicher-schritt-zum-frieden/komplettansicht> [zuletzt abgerufen am 16.4.2019]).

54 Vgl. *Wälber*, Hans-Otto: Politisierung – Gefahr für die Einheit der Kirche? In: *Evangelische Kommentare* 1 (1968), 136–143; Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Rates der EKD vom 2./3.5.1968 (EZA, 2/1360).

55 Vgl. Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Rates der EKD vom 15.3.1968 (EZA, 2/1369).

56 *Howe*, Günter: *Kriegsverhütung und Friedensstrukturen. Eine Studie über den Vertrag zur Nichtverbreitung von Kernwaffen*. Gütersloh 1968.

Entwicklung des Nichtverbreitungs-Vertrags zusammen und plädierte für einen Abbau der militärischen Nutzung der Atomkraft zugunsten ihrer weltweiten friedlichen Nutzung<sup>57</sup>. Vorangestellt war der Studie ein ausgeglichenes Geleitwort des Ratsvorsitzenden Hermann Dietzfelbinger. Zu einem eigenen Wort zum Nichtverbreitungs-Vertrag, der im Juli 1968 abgeschlossen worden war, konnte sich der Rat der EKD hingegen auch im Laufe des Jahres 1969 nicht entschließen<sup>58</sup>. Die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete den Atomwaffensperrvertrag am 28. November 1969.

Als Alternative zu einem Ratswort hatte Howe 1968 eine nicht kirchenoffizielle Stellungnahme erwogen, wofür jener Kreis aktiviert werden sollte, der 1961 das sogenannte Tübinger Memorandum unterzeichnet hatte<sup>59</sup>. Dies verweist auf eine weitere Form der Einflussnahme: das Verfassen kritischer Stellungnahmen, die von einflussreichen Protestanten aus Wissenschaft, Bildung und Medien in privater Verantwortung unterzeichnet waren, und mit deren Hilfe politische Prozesse initiiert werden sollten. Im Tübinger Memorandum warfen die Unterzeichner den bundesdeutschen Parteien vor, gegenüber der Bevölkerung nationale und internationale Realitäten zu verschleiern und dringend anstehende Entscheidungen aufzuschieben<sup>60</sup>. Diese Behauptung erläuterten sie anhand von Beispielen aus den Bereichen Außenpolitik, Rüstungspolitik, Notstandsgesetzgebung, Sozialpolitik sowie Schulpolitik. Dabei verzichteten sie darauf, ihre politischen Forderungen theologisch zu begründen. Vier der Unterzeichner kamen aus der FEST: Picht, Howe, Raiser sowie Carl Friedrich von Weizsäcker; die vier anderen aus ihrem freundschaftlichen Umfeld: Hellmut Becker, Joachim Beckmann, Klaus von Bismarck und Werner Heisenberg. Der eigentliche Initiator des

---

57 Vgl. *ebd.*, 56.

58 Vgl. Auszug aus der Niederschrift über die 28. Sitzung des Rates der EKD am 13./14.3.1969 (EZA, 104/128).

59 Vgl. Brief von Howe an Joachim Beckmann, 25.3.1968 (EZA, 742/152).

60 Zum Tübinger Memorandum vgl. *Greschat*, Martin: Kontinuität und Krisen. Der deutsche Protestantismus in den 60er Jahren. In: Mitteilungen der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte 18 (1999), 8–19; ders.: „Mehr Wahrheit in der Politik!“ Das Tübinger Memorandum von 1961. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 48 (2000), 491–513.

Memorandums war nach Aussage von Weizsäcker Günter Howe<sup>61</sup>. Von Picht, der nach dem Krieg zehn Jahre als Schulleiter gewirkt hatte und sich seit den fünfziger Jahren intensiv mit Bildungsfragen auseinandersetzte<sup>62</sup>, stammte der Textteil zur Bildungspolitik. Ursprünglich war das Memorandum nicht für die Öffentlichkeit, sondern für interne Gespräche mit evangelischen Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen bestimmt gewesen. Für dieses Vorgehen hatte vor allem Bischof Kunst plädiert. Und auch Picht setzte zu diesem Zeitpunkt stärker auf die unmittelbare Einflussnahme einer staatsbürgerlichen Elite, auf die politischen Entscheidungsträger, denn auf die seiner kulturpessimistischen Ansicht nach „manipulierte öffentliche Meinung“<sup>63</sup>, auch wenn er sich selbst durchaus „immer wieder als Agent und Akteur der Massenmedien gerierte“<sup>64</sup>.

Durch eine Indiskretion wurden Teile des Memorandums publik, woraufhin sich die Verfasser zur Veröffentlichung des gesamten Textes entschlossen. Seine Resonanz in den westdeutschen Medien, Parteien, Verbänden und in der evangelischen Kirche war ebenso gewaltig wie vielfältig<sup>65</sup>. Im Zentrum der öffentlichen Diskussion standen vor allem die Aussagen des Memorandums zur Oder-Neiße-Linie als deutscher Ostgrenze. Günter Howe zeigte sich hinsichtlich der Wirkung des Memorandums – zumindest im August 1962 – zufrieden: „Ich lebe im Augenblick in dem angenehmen Gefühl, daß der politische Kurs doch recht weitgehend auf die im Memorandum bezeichnete Linie eingeschwenkt ist.“<sup>66</sup> Picht meinte unter den

---

61 Vgl. *Weizsäcker*, Carl Friedrich von: Gedenken an Günter Howe. Ein Mittler zwischen Ideologie und Naturwissenschaft. In: *Die Zeit*. Nr. 45 vom 8.11.1968 (<https://www.zeit.de/1968/45/gedenken-an-guenter-howe/komplettansicht> [zuletzt abgerufen am 16.4.2019]).

62 Vgl. hierzu *Bergmann*, Sven: Die Diskussion um die Bildungsreform in der Nachkriegszeit (Georg Picht). In: Friedrich, Norbert / Jähnichen, Traugott (Hg.): *Gesellschaftspolitische Neuorientierungen des Protestantismus in der Nachkriegszeit*. Münster 2002, 101–126.

63 Schreiben Pichts an Abs, 1.12.1961, zitiert nach *Bergmann*, Diskussion (wie Anm. 62), 101–126, 125.

64 Zu Pichts Medienverständnis vgl. *Hannig*, Nicolai: Georg Picht. Strategien eines Medienintellektuellen in der westdeutschen Öffentlichkeit. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 66 (2018), 617–644, hier 638.

65 Vgl. die Dokumentation im Kirchlichen Jahrbuch 89 (1962), 78–86.

66 Howe an Kunst, 15.8.1962 (EZA, 742/149).

Regierenden zumindest eine „Beunruhigung“ infolge des Memorandums spüren zu können<sup>67</sup>.

Beim Zustandekommen und bei der Verbreitung des Memorandums hatte Hermann Kunst in seiner Funktion als Bevollmächtigter des Rates der EKD am Sitz der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Rolle gespielt<sup>68</sup>. Über dieses Amt kirchlicher Lobbyarbeit in Bonn versuchte Picht während der sechziger Jahre auch in Bezug auf andere Themen Einfluss zu nehmen. Im Jahr 1963 überlegten er und Kunst, wie man in der Bildungspolitik Impulse setzen könnte<sup>69</sup>. In einem Gespräch am 10. September 1963 legte Kunst Bundeskanzler Ludwig Erhard die bildungspolitischen Überlegungen von Picht dar<sup>70</sup>. In seiner Regierungserklärung vom 18. Oktober betonte Erhard daraufhin die Bedeutung der Bildungspolitik und übernahm die Wendung von Kunst: „was für unsere Väter im vorigen Jahrhundert die soziale Frage war, ist für uns heute die Frage von Erziehung und Bildung.“<sup>71</sup> Seit Ende der sechziger Jahre verlor sich allerdings der Kontakt zwischen Kunst und den Heidelbergern<sup>72</sup>, was dort mit einem Verlust an unmittelbaren Informationen über die politischen Vorgänge in Bonn einherging<sup>73</sup>. Howe war im Juli 1968 gestorben

---

67 Picht an Kunst, 14.8.63 (EZA, 742/154).

68 Vgl. Schreiben von Kunst an Howe, 17.4.1963 (EZA, 742/149). Zur Funktion der Bevollmächtigten vgl. allgemein: *Buchna*, Kristian: Ein klerikales Jahrzehnt? Kirche, Konfession und Politik in der Bundesrepublik während der 1950er Jahre (Historische Grundlagen der Moderne 11). Baden-Baden 2014.

69 Schreiben Pichts an Kunst, 3.9.1963; Schreiben Kunsts an Picht, 5.9.1963 (EZA, 742/154).

70 Vgl. Schreiben Kunsts an Picht, 11.9.1963 (EZA, 742/154).

71 Zitiert nach: *Furck*, Carl Ludwig: Die ersten Jahre (1954–1970). In: Elsenbast, Volker (Hg.): Wissen klären — Bildung stärken. 50 Jahre Comenius Institut. Münster 2004, 17–45, 25f. Bei Erhard hieß es: „Es muß dem deutschen Volk bewußt sein, daß die Aufgabe der Bildung und Forschung für unser Geschlecht den gleichen Rang besitzen wie die soziale Frage für das 19. Jahrhundert.“ In: Erhard, Ludwig: Wohlstand für alle. Düsseldorf 1964, 361.

72 Vgl. Schreiben von Kunst an Wilkens, 10.2.1976 (EZA, 2/7352).

73 Dies beklagte Picht in einem Schreiben an Kunst vom 24.4.1970 (EZA, 742/158).

und Picht hatte sich auf internationaler Ebene Entwicklungs- und Umweltthemen zugewandt.

In den sechziger Jahren suchte Picht auch den direkten Kontakt zu Politikern aller Parteien, vornehmlich um seine bildungspolitischen Vorstellungen zu kommunizieren. Parallel dazu mobilisierte er die Öffentlichkeit durch eine Artikelserie<sup>74</sup>. Im Herbst 1963 versandte Picht zunächst seinen ersten Aufsatz „Die Krise der Kulturpolitik und der Auftrag der Kirche“, der im September in den Lutherischen Monatsheften erschienen war, an verschiedene Politiker. Positive Reaktionen erhielt er vor allem von SPD-Politikern. Sie wollten einige seiner Vorschläge in einer Besprechung der Ministerpräsidenten der SPD und bei einer Zusammenkunft der SPD-Kultusminister erörtern<sup>75</sup>. Pichts Vorschlag, das Wissenschaftsministerium um eine Abteilung für Bildungsplanung zu erweitern, machte sich die SPD zu eigen<sup>76</sup>.

Den Versuch einer regelmäßigen wissenschaftlichen Politikberatung unternahm der parteipolitisch ungebundene Picht denn auch mit einem SPD-Politiker: dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Fritz Erler<sup>77</sup>. Picht kannte Erler seit 1956, als eine Delegation der SPD-Führung Bischof Kunst um die Vermittlung eines Gespräches mit dem Rat der EKD bat, bei dem Picht dann das einleitende Referat und Erler das Koreferat hielt. Beide verstanden Politik als einen Dienst an der Gemeinschaft und Erler war bereit, politische mit theologisch-philosophischen Überlegungen zu verbinden. Der SPD-Politiker nannte das Christentum evangelischer Prägung als eine Quelle seiner Wertvorstellungen. Da Picht die Auffassung vertrat, dass der Politiker der Gegenwart ohne die Hilfe der „wissenschaftlich geschulten Vernunft“<sup>78</sup> nicht mehr auskomme, baute er im Jahr 1964

---

74 Die Artikelserie zur „Bildungskatastrophe“ erschien in der konservativen Wochenzeitung „Christ und Welt“ ab Februar 1964.

75 Dies berichtet Picht in seinem Schreiben an Kunst vom 25.10.1963 (EZA, 742/155).

76 Vgl. Schreiben von Ulrich Lohmar an Picht, 25.10.1963 (EZA, 742/155).

77 Zum Folgenden vgl. *Soell*, Hartmut: Fritz Erler. Eine politische Biographie. Bd. 2. Bonn / Bad Godesberg 1976, 870–882.

78 *Picht*, Georg: Die Politik im Atomzeitalter. Ein Plädoyer für die Vernunft – Aus Georg Pichts Laudatio auf C. F. Weizsäcker. In: Die Zeit. Nr. 42 vom

für Erler einen informellen wissenschaftlichen Gesprächskreis, eine Art ‚Braintrust‘, auf. Picht verband damit sicherlich auch die Hoffnung, über Erler effektiv eigene Vorstellungen und Konzepte in den Meinungsbildungsprozess politischer Gremien einspeisen zu können. Diskutiert wurden in dem Gesprächskreis Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Bildungspolitik sowie der Atompolitik. An den Diskussionen über das letztere Thema nahmen auch Howe und Häfele teil. Dissens herrschte zwischen Picht und Erler über die Bedeutung der politischen Parteien und die Rolle von Sachverständigen. Erler störte sich an Pichts abschätziger Haltung gegenüber sogenannter Parteipolitik, mit der dieser durchaus in protestantischer Tradition stand. Auch betonte der Politiker gegenüber Picht eine klare Rollenverteilung zwischen Politik und Politikberatung: Sachverständige könnten beraten, die Entscheidungen aber trafen Regierung und Parlament. Doch nicht dieser Dissens, sondern der Mangel an Zeit aufseiten von Erler ließen den Kreis Ende 1965 einschlafen.

Während der sechziger Jahre stand auch Günter Howe mit Fritz Erler, mit dem er in der Studiengruppe für Rüstungskontrolle, Rüstungsbeschränkung und internationale Sicherheit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik zusammenarbeitete und darüber hinaus persönlich befreundet war, im Gespräch über die Etablierung einer wissenschaftlichen Politikberatung in der Bundesrepublik<sup>79</sup>. Vorbild hierfür war der wissenschaftliche Stil in der Kennedy-Administration in den USA. Hintergrund war eine inoffizielle Konsultation zwischen etwa zehn US-amerikanischen und zehn bundesdeutschen Wissenschaftlern, darunter mehreren Nobelpreisträgern, in Werner Heisenbergs Max-Planck-Institut für Physik in München am 20. und 21. Januar 1967<sup>80</sup>. An dem Treffen hatten auch Heisenbergs Freund Carl Friedrich von Weizsäcker sowie Georg Picht, Ludwig Raiser und Howe selbst teilgenommen. Auf Initiative der Amerikaner wurde die Frage diskutiert, wie die deutsche Wissenschaft eine Form gewinnen

---

18.10.1963 (<https://www.zeit.de/1963/42/politik-im-atomzeitalter/komplettansicht> [zuletzt abgerufen am 16.4.2019]).

<sup>79</sup> Vgl. Schreiben von Howe an Erler, 25.1.1967 (EZA, 742/151).

<sup>80</sup> Vgl. Günter Howe: Aktenvermerk (2. Entwurf), 10.2.1967 (EZA, 742/151). Vgl. zu dem Gespräch auch: *Rudloff*, Verwissenschaftlichung (wie Anm. 5), 233–234.

könne, die sie zu einer umfassenden Beratung der deutschen Regierung vor allem im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik befähigte. Howe versuchte, die Angelegenheit über Kunst voranzubringen<sup>81</sup>, jedoch ohne positives Resultat.

Begrenzten Erfolg hatte die Initiative für eine wissenschaftliche Politikberatung im Bereich des Umweltschutzes, an der Georg Picht 1971 beteiligt war. Der Philosoph hatte sich seit Ende der sechziger Jahre den globalen Entwicklungsproblemen zugewandt. In seinem Buch „Mut zur Utopie“ von 1969 setzte er sich u. a. mit der Überbevölkerung, der Welternährungsproblematik sowie mit der Ökologieproblematik auseinander. In seinem Vorwort sah Picht – die „Berufs-Kassandra“, wie ihn der Publizist und Verleger Rudolf Augstein nannte<sup>82</sup> – die Welt auf eine „Katastrophe“ zutreiben und forderte die Politik dazu auf, „von allen Möglichkeiten wissenschaftlicher Prognose Gebrauch zu machen, über die wir verfügen.“<sup>83</sup> Vor diesem Hintergrund wurde Picht Ende 1970 auf Initiative von Peter Menke-Glückert, dem Unterabteilungsleiter Umwelt-Grundsatzangelegenheiten im Bundesinnenministerium, in eine Projektgruppe berufen<sup>84</sup>. Menke-Glückert und Picht arbeiteten bereits seit 1968 in der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e. V. zusammen<sup>85</sup>. Picht übernahm die Leitung der Professorengruppe, die im Auftrag des Bundesinnenministers Hans-Dietrich Genscher einen Vorschlag erarbeiten sollte, wie die wissenschaftliche Beratung der Bundesregierung auf dem neu entstehenden Politikfeld des Umweltschutzes zu organisieren sei<sup>86</sup>. Die Evangelische Studiengemeinschaft

---

81 Vgl. Schreiben von Howe an Kunst, 10.2.1967 (EZA, 742/151); Howe an Kunst, 17.11.1967 (EZA, 742/152).

82 *Augstein*, Rudolf: Die ganz große Katastrophe. In: *Der Spiegel* 1969, Nr. 9, 155.

83 *Picht*, Georg: Mut zur Utopie. Die großen Zukunftsaufgaben. Zwölf Vorträge. München 1969, 7f. Das Buch basierte auf einer Vorlesungsreihe, die im Sommer 1968 vom Süddeutschen Rundfunk übertragen worden war.

84 Vgl. *Hünemörder*, Kai F.: Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik (1950–1973). Stuttgart 2004, 157.

85 Vgl. Brief von Klaus Gottstein an Gustav Heinemann, 15.9.1969 (EZA, Berlin, 742/136).

86 Zur Arbeit der „Picht-Kommission“ vgl. *Kiippers*, Günter / *Lundgreen*, Peter / *Weingart*, Peter: Umweltforschung – die gesteuerte Wissenschaft? Eine

wurde auf ausdrückliche Bitte von Genscher, der seit 1968 Mitglied der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD war<sup>87</sup>, mit der Federführung beauftragt<sup>88</sup>. Zur Begründung wurde angeführt, die FEST sei eines der wenigen deutschen Institute, die bereits erfolgreich Modelle interdisziplinärer Arbeit in Grenzgebieten der Naturwissenschaft entwickelt habe<sup>89</sup>. Die FEST hingegen begründete ihr Engagement bei der Erstellung des Gutachtens damit, dass die bedrohliche Umweltproblematik von der Kirche fordere, „ihre Verantwortung für die Welt wahrzunehmen und zu artikulieren“<sup>90</sup>. Die Gruppe, der auch Wolf Häfele angehörte, erarbeitete bis Ende Juli 1971 ein 60 Seiten langes Gutachten<sup>91</sup>. Zur Unterstützung der Gutachtergruppe stellten die FEST und das Karlsruher Institut für Angewandte Reaktorphysik einen Teil ihrer Mitarbeiter frei<sup>92</sup>.

In dem Gutachten wurde als „Unterbau für eine moderne Umweltpolitik“ ein „System von Institutionen“ zur wissenschaftlichen Beratung der Bundesregierung in Fragen des Umweltschutzes und der Umweltgestaltung vorgeschlagen, das den gesamten Forschungsbereich (Universitäten, Industrie, Großforschungseinrichtungen, Bundesanstalten) umspannen und eine „überschaubare Kanalisierung der Informationsströme“ ermöglichen sollte<sup>93</sup>. Konkret wurde die Gründung von drei Einrichtungen vorgeschlagen: 1. Ein unabhängiges, interdisziplinäres Institut für die Erforschung der Zusammen-

---

empirische Studie zum Verhältnis von Wissenschaftsentwicklung und Wissenschaftspolitik. Frankfurt 1978, 139–171.

87 Vgl. Wilkens an Raiser, 24.1.1968 (EZA, 2/1360).

88 Vgl. Constanze Eisenbart: Umweltschutz und Wissenschaftsorganisation. Ein Bericht über die Mitarbeit der FEST an einem Gutachten der Bundesregierung. In: FEST. Informationsblatt Nr. 14, November 1971 (EZA, 2/7368).

89 Vgl. ebd.

90 Ebd.

91 Gutachten zur geeigneten Organisationsform der wissenschaftlichen Beratung der Bundesregierung in Umweltfragen und zur geeigneten Form der Beratung bei der Durchführung von nichtministerieller Tätigkeit. In: Bundesminister des Innern (Hg.): Umweltplanung. Materialien zum Umweltprogramm der Bundesregierung 1971. Stuttgart 1972.

92 Von der FEST waren dies Constanze Eisenbart und Friedhelm Solms. Vgl. Picht an Genscher, 31.7.1971 (EZA, 2/7374).

93 Picht an Genscher, 31.7.1971 (EZA, 2/7374).

hänge zwischen gesellschaftlichen Prozessen und Naturprozessen; 2. ein wissenschaftliches Beratungsgremium, das Entscheidungsunterlagen mit alternativen Vorschlägen für die Politik erarbeiten sollte; 3. eine Regierungseinrichtung, in der alle zuständigen Ressorts vertreten waren und die die Entscheidungsunterlagen in Gesetzesvorlagen übersetzen sollte<sup>94</sup>. Im Informationsblatt der FEST konstatierte die zuständige Mitarbeiterin, Constanze Eisenbart, den Erfolg der gutachterlichen Tätigkeit: Minister Genscher habe die Mehrzahl der Vorschläge des Gutachtens in das Umweltprogramm der Bundesregierung übernommen<sup>95</sup>. In der Forschung wird dieser Erfolg deutlich geringer eingeschätzt: die Vorschläge des Gutachtens seien „aufgrund eines ganzen Bündels von gegenläufigen Interessen nur rudimentär im verbindlichen Umweltprogramm“ aufgetaucht<sup>96</sup>. Der wenige Monate später gegründete Rat von Sachverständigen für Umweltfragen blieb von der Bundesregierung abhängig und das 1974 gegründete Umweltbundesamt war dem Bundesministerium des Inneren unterstellt und verfügte über keine Weisungs- und Kontrollbefugnisse<sup>97</sup>. Picht selbst bezeichnete es als „pervertiertes ARGUS“<sup>98</sup>.

### 3. „Protestantische Mafia“? Das Netzwerk einer protestantischen Bildungselite

Viele der beschriebenen Kommunikations- und Wirkungskanäle der FEST und ihrer Vertreter basierten auf personellen Kontakten. Im Zentrum dieses protestantischen Netzwerkes stand das Trio Georg Picht, Carl Friedrich von Weizsäcker und Hellmut Becker<sup>99</sup>. Ihre Freundschaft reichte in das protestantisch bildungsbürgerliche Milieu der Zwischenkriegszeit zurück; sie hielt trotz unterschiedlicher Hal-

94 Vgl. Eisenbart, *Umweltschutz* (wie Anm. 88).

95 Vgl. ebd.

96 *Hünemörder*, *Frühgeschichte* (wie Anm. 84), 179.

97 Vgl. ebd., 180.

98 Zitiert nach *Küppers*, *Umweltforschung* (wie Anm. 86), 155.

99 Zu deren familiären und freundschaftlichen Banden vgl. *Grossner*, Claus: *Philosophie in Deutschland. Herrschaft der Philosophenkönige?* In: *Die Zeit*. Nr. 13 vom 27.3.1970 (<https://www.zeit.de/1970/13/herrschaft-der-philosophenkoenige/komplettansicht> [zuletzt abgerufen am 16.4.2019]); *Raulff*, Ulrich: *Kreis ohne Meister. Stefan Georges Nachleben*. München 2009.

tung gegenüber dem Nationalsozialismus<sup>100</sup> auch das „Dritte Reich“ hindurch und war in der Bundesrepublik Basis für gesellschaftliche Einflussnahme. 1938 lernte von Weizsäcker Günter Howe auf einer Tagung der Michaelsbruderschaft kennen<sup>101</sup>. In den fünfziger Jahren kam Ludwig Raiser hinzu, in den sechziger Jahren Wolf Häfele. Eine wichtige Rolle in dem Netzwerk spielte seit den fünfziger Jahren der Militärbischof und Kirchenlobbyist Hermann Kunst, der sich von der FEST beraten ließ und sowohl Picht als auch Howe in Bonn Kommunikationskanäle öffnete.

Auf dem personellen Netzwerk aufbauend verfügte die FEST über Kontakte zu anderen Think Tanks, deren Zahl während der sechziger Jahre insgesamt zunahm. Hierzu gehörten u. a.: das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung<sup>102</sup>, das Hellmut Becker mitbegründete und leitete; das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, dem Carl Friedrich von Weizsäcker vorstand<sup>103</sup>; das Kernforschungszentrum in Karlsruhe, dessen Institut für Angewandte Reaktorphysik Wolf Häfele leitete; die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, die von Weizsäcker mitgegründet hatte und der Howe und Picht angehörten; die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, deren Präsident

---

100 Hellmut Becker war seit Mai 1937 Mitglied der NSDAP. Vgl. *Raulff*, Kreis (wie Anm. 99), 403; Georg Picht hatte hingegen den Nazis „keinerlei Konzessionen gemacht“ (*Ebd.*, 480). Carl Friedrich von Weizsäcker war von 1939 bis 1942 am deutschen Atomforschungsprogramm beteiligt. Nach Doering-Manteuffel war Weizsäcker „im Dritten Reich ein überzeugter Anhänger des völkisch-großdeutschen Nationalismus“ (*Doering-Manteuffel*, Anselm: Verstrickung und Verdrängung. Seitenblicke auf den westdeutschen Protestantismus nach 1945. In: Sarx, Tobias [Hg.]: Protestantismus und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte von Kirche und Diakonie im 19. und 20. Jahrhundert. Jochen-Christoph Kaiser zum 65. Geburtstag. Stuttgart 2013 [Konfession und Gesellschaft 47], 281–291, 286).

101 Vgl. *Timm*, Nachwort (wie Anm. 16), 323–372, 350.

102 Zu dessen Gründungsgeschichte vgl. *Rudloff*, Wilfried: Does science matter? Zur Bedeutung wissenschaftlichen Wissens im politischen Prozess. Am Beispiel der bundesdeutschen Bildungspolitik in den Jahren des ‚Bildungsbooms‘. FÖV Discussion Papers 19 (2005), 28–30.

103 Zu Weizsäckers Konzept von Zukunftsforschung vgl. *Seefried*, Elke: Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945–1980 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 106). Berlin 2015, 87–95.

Erler war und der Howe und von Weizsäcker angehörten; die Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung, in der Picht bzw. die FEST Mitglied war; sowie die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, an deren Gründungsberatungen Carl Friedrich von Weizsäcker teilnahm und in deren Kuratorium ein Mitglied der FEST saß. Auch zu Einrichtungen der bildungs- und wissenschaftspolitischen Politikberatung<sup>104</sup> existierten personelle Verbindungen: Über Picht gab es den Kontakt zum Deutschen Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen, dem er von 1953 bis 1963 angehörte, über Ludwig Raiser die Verbindung zum Wissenschaftsrat, dem dieser von 1961 bis 1965 vorsah, sowie zum Beratenden Ausschuss für Forschungspolitik des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung, dem Raiser von 1967 bis 1970 vorstand; über Hellmut Becker bestanden Kontakte zum Deutschen Bildungsrat, dem dieser von 1966 bis 1975 angehörte. Becker und Picht gehörten auch dem Ettlinger Kreis an, einer Gruppe von Unternehmern, die sich von 1957 bis 1977 für die Themen Bildung, Erziehung und Schule engagierten<sup>105</sup>. Im kirchlichen Raum bestanden u. a. Verbindungen zu Kammern der EKD, zum Leiterkreis der Evangelischen Akademien, zum Kirchentag sowie zu ökumenischen Gremien.

Zeitgenössisch wurden die Unterzeichner des Tübinger Memorandums als „protestantische Mafia“ in der katholischen Adenauerrepublik wahrgenommen. Der Autor Claus Grossner schrieb 1970 in einem Artikel in der Wochenzeitung *Die Zeit* über Picht:

---

104 Zu deren Entwicklung vgl. *Rudloff*, Wilfried: *Wieviel Macht den Räten? Politikberatung im bundesdeutschen Bildungswesen von den fünfziger bis zu den siebziger Jahren*. In: Fisch, Stefan / *Rudloff*, Wilfried (Hg.): *Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive*. Berlin 2004, 153–188.

105 Vgl. zur Geschichte des Kreises *Hütter*, Daniel: *Der Ettlinger Kreis 1957–1977. Unternehmer als bildungs- und gesellschaftspolitische Reformelite in der jungen Bundesrepublik*. In: Gebhardt, Miriam / Patzel-Mattern, Katja / Zahlmann, Stefan (Hg.): *Das integrative Potential von Elitenkulturen*. Festschrift für Clemens Wischermann. Stuttgart 2013, 161–176. Für die konfessionelle Zusammensetzung dieses Kreises interessiert sich der Autor indes nicht.

„Zusammen mit seinem Freunde Carl Friedrich von Weizsäcker ist er theoretischer Kopf einer einflußreichen Gruppe, die vom WDR-Intendanten von Bismarck über Hellmut Becker und Ludwig Raiser bis zum Nobelpreisträger Heisenberg reicht und die spitze Zungen als ‚protestantische Mafia‘ bezeichnen.“<sup>106</sup>

Der Soziologe und Politiker Ralf Dahrendorf benutzte den Begriff 1997 in einem Interview mit dem Wochenmagazin *Der Spiegel* im positiven Sinne: „Die protestantische Mafia stand durch all die Jahre vor allem für einen bestimmten moralischen Anspruch im öffentlichen Leben.“<sup>107</sup> Der Zeithistoriker Anselm Doering-Manteuffel griff die Bezeichnung jüngst auf und sprach von einem sowohl „biographisch als auch milieuspezifisch denkbar fest geknüpften Netzwerk“<sup>108</sup>.

Die Glieder dieser „protestantischen Mafia“ waren keiner kirchenpolitischen Gruppe und keiner politischen Partei zugeordnet. Sie plädierten für eine politische Mitverantwortung der evangelischen Christen in der bundesdeutschen Gesellschaft. Mit dieser Grundhaltung waren sie in kirchlichen wie in politischen Gremien aktiv. Viele von ihnen agierten als „Grenzgänger zwischen Wissenschaft und Politik“<sup>109</sup>, d. h. als Wissenschaftsstrategen und wissenschaftliche Politikberater. Gemeinsam waren sie überzeugt von der politischen Verantwortung des Wissenschaftlers und von der Abhängigkeit der Politik von der Hilfe seitens „der wissenschaftlich geschulten Vernunft“<sup>110</sup>. Dieses Verständnis von der Rolle des Wissenschaftlers wurde in Politik und Medien aber durchaus auch kritisch gesehen. So wies Rudolf Augstein im Jahr 1969 Georg Picht zurecht: Die

---

106 *Grossner*, Philosophie (wie Anm. 99).

107 „Die wahre Revolution“. Der Soziologe Lord Ralf Dahrendorf über Erfolge und Aufgaben der deutschen Politik. In: *Der Spiegel* 1997, Nr. 0, 112–123, 112. Dahrendorf zählte dazu „Leute wie Ludwig Raiser, die Weizsäcker oder Marion Gräfin Dönhoff“.

108 *Doering-Manteuffel*, Verstrickung (wie Anm. 100), 289.

109 So Rudloff über Picht, in: *Rudloff*, Wilfried: Georg Picht. Die Verantwortung der Wissenschaften und die „aufgeklärte Utopie“. In: Bauer, Theresia u. a. (Hg.): *Gesichter der Zeitgeschichte. Deutsche Lebensläufe im 20. Jahrhundert*. München 2009, 279–296, 282.

110 *Picht*, Politik (wie Anm. 78).

Prioritäten wie auch die Schranken könne die Wissenschaft nicht selbst setzen, das sei Sache der Gesellschaft und ihrer politischen Organe<sup>111</sup>. Und Claus Grossner fragte in der Wochenzeitung *Die Zeit*: Welcher Instanz habe die Verantwortung der wissenschaftlich geschulten Eliten Rede und Antwort zu stehen?<sup>112</sup> Damit wurde die Frage der Grenzziehung zwischen Wissenschaft und Politik sowie der Verantwortlichkeit von Wissenschaftlern in Beratungsfunktionen aufgeworfen.

Die Rolle der FESF als politische Denkfabrik in der Bundesrepublik basierte in den langen sechziger Jahren zweifelsohne in erheblichem Maße auf diesem überwiegend informellen Netzwerk einer protestantischen Bildungselite. Auch mit seiner Hilfe gelang es ihr, Themen zu identifizieren sowie Analysen und Lösungsansätze in Kirche, Politik und Gesellschaft einzuspeisen.

---

111 Vgl. *Augstein*, Katastrophe (wie Anm. 82), 152 und 155.

112 *Grossner*, Philosophie (wie Anm. 99). In den USA setzte die Kritik an der politisch nicht kontrollierten Macht der Experten schon früher ein. Vgl. *Rudloff*, Verwissenschaftlichung (wie Anm. 5), 233.